

Die Opernhauskrawalle haben ihn politisiert

Neuer Ratspräsident von Adliswil Daniel Schneider wurde als erster Grüner zum höchsten Adliswiler gewählt. Was er in dieser Zeit erreichen will und warum die Jugendunruhen der 80er sein Einstieg in die Politik waren.

Luzia Nyffeler

Daniel Schneider war in seinem Leben schon vieles: Damencoiffeur, Zahntechniker, Kunsthändler mit eigenem Auktionshaus und – noch immer – Kaufmann. Nun ist er für ein Jahr noch etwas anderes: der höchste Adliswiler. Das Parlament hat den 63-Jährigen am Mittwochabend zu seinem Präsidenten gewählt. Allerdings erhielt Schneider nur 20 von 36 Stimmen. Die übrigen gingen an zwei seiner Parteikolleginnen und Vereinzelte.

Der Grüne übernimmt das Amt des Ratspräsidenten von Reto Buchmann (FDP). Es ist zugleich das erste Mal, dass ein Grüner den Rat präsidiert. Ein Jahr lang leitet Schneider die Sitzungen des Grossen Gemeinderats in der Aula des Schulhauses Hofern. Als Vizepräsident wurde Martial Jacoma (Die Mitte) gewählt. Sebastian Huber (SVP) ist neu 2. Vize.

Für die Sache eintreten

Der in Neerach im Zürcher Unterland aufgewachsene Daniel Schneider wohnt seit zwölf Jahren in Adliswil. Seit 2017 ist er Teil des Parlaments. Es ist sein erstes politisches Amt. Doch politisiert wurde er bereits viel früher, mit den Jugendunruhen der 80er-Jahre.

Ende Mai 1980 kam es vor dem Zürcher Opernhaus zu Krawallen. Ausgangspunkt war, dass der Zürcher Stadtrat rund 60 Millionen Franken für die Renovation des Opernhauses genehmigt, gleichzeitig aber die Forderungen nach einem autonomen Jugendzentrum abgelehnt hatte. Die Krawalle und die daraus folgenden Diskussionen führ-



Daniel Schneider auf der Terrasse des Stadthauses, von wo er «sein» Adliswil überblicken kann. Foto: Moritz Hager

ten schliesslich zur Gründung des Kulturzentrums Rote Fabrik. Er selbst sei damals als 19-Jähriger nicht aktiv an den Unruhen beteiligt gewesen, sagt Schneider. «Aber sie machten mir klar: Wenn man etwas will, muss man dafür eintreten.»

Politik gehörte also bereits früh zum Leben von Daniel Schneider. Einer Partei trat er aber erst nicht bei. Das hing mit seiner beruflichen Tätigkeit zusammen. Nach zwei Lehren als Damencoiffeur und Zahntechniker wechselte er in die Kunst-

branche, in der er sich 1985 mit seinem Auktionshaus für moderne und zeitgenössische Kunst selbstständig machte.

Solange er ein eigenes Geschäft besass, wollte Schneider sich nicht zu sehr positionieren. «Der Kunstmarkt ist dominiert

von bürgerlichen Sammlern», erklärt er. «Diese Kunden hätte ich nicht mehr erreichen können, wenn ich mich einer linken Partei angeschlossen hätte.»

1993 musste Schneider Konkurs anmelden. Er wechselte in die KV-Branche, wo er bis heute tätig ist.

Damit stand einem Parteieintritt nichts mehr im Weg. Anfang der 2000er-Jahre schloss er sich den Grünen an. «Diese entsprechen am ehesten meinem Weltbild», begründet Schneider den Entscheid. Dass der 63-Jährige ein überzeugter Grüner ist, zeigt sich auch darin, dass er kein Auto besitzt.

Zurückhaltend bei Vorstössen

So überzeugt Schneider von seiner Partei auch ist, ein verbissener Politiker ist er keineswegs. Ins Parlament gewählt zu werden, sei kein Ziel gewesen, auf das er hingearbeitet habe. «Es war nicht so, dass ich dachte: «Hier will ich hin.» Das hat sich vielmehr aus der Teilnahme an Parteiversammlungen entwickelt.» Diese Haltung spiegelt sich auch in der Anzahl Vorstösse, die er im Parlament entweder lanciert oder unterzeichnet hat. Während es bei anderen Mitgliedern mehrere Vorstösse pro Jahr sind, steht Schneider bei sieben in sieben Jahren.

«Ich reiche keinen Vorstoss ein um des Vorstosses willen», erklärt Schneider. Er sei Realpolitiker und unterschreibe nur, wenn er wirklich von der Sache überzeugt sei. Es könne darum durchaus vorkommen, dass er einen Vorstoss seiner eigenen Partei nicht unterschreibe.

Diese Zurückhaltung wird er auch in seinem Präsidialjahr zeigen. Für seine Zeit als höchster Adliswiler hat Daniel Schneider nicht den Anspruch, den Rat zu verändern. Er wünsche sich vielmehr eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat. «Und ich will die Leute ernst nehmen.» Dabei spiele es keine Rolle, ob ihm deren Anliegen zusagten oder nicht. «Ich stehe in diesem Jahr über der Parteipolitik.»